

Hermann Boverter (Hg.), Medien und Demokratie. Nähe und Distanz zur Politik (Journalismus. Neue Folge, Bd. 34); Universitätsverlag Konstanz 1993; 201 S./38,- DM (kt.)

Das altherwürdige Prinzip Öffentlichkeit, das im 18. Jahrhundert mit der europäischen Aufklärungsbewegung und dem bürgerlichen Liberalismus angetreten ist, um im „öffentlichen Gebrauch der Vernunft“ (Kant) die Bedingungen für eine rationale und demokratische Regelung der öffentlichen Angelegenheiten zu gewährleisten, bildet auch im ausgehenden 20. Jahrhundert noch eine zentrale normative Leitkategorie, an der sich die Massenmedien – zumindest der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts nach – zu orientieren haben. Grundsatzurteile hochrangiger Gerichte, Sonntagsreden führender Politiker und einschlägige Lexikonartikel in publizistischen Standardwerken sprechen hier eine deutliche appellative Sprache, die sich jedoch von den empirischen Zerfalls- und Auflösungsprozessen dieser Öffentlichkeit immer weiter entfernt. Wenn die Massenmedien unter der Vorherrschaft ökonomisch induzierter Diversifizierung und Kommerzialisierung „den gemeinsamen kommunikativen Nenner der Gesellschaft nicht mehr bilden können, wird ihre diskursive und integrative Funktion insgesamt in Frage gestellt und damit die Öffentlichkeit als allgemeinverbindlicher Singular gegenstandslos“ (Ross, 166). Damit erhebt sich endgültig die – seit Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem Umschwung von der Gesinnungs- zur

Geschäftspresse virulent gewordene (und gegenwärtig im Übergang vom öffentlich-rechtlichen zum privaten Fernsehen wiederholte) – Frage, ob heute in der verfassungsrechtlich kodifizierten emphatischen Öffentlichkeitskonzeption nicht „eine aufklärerische Idealvorstellung desto ungebrochener fortlebt, je weniger Realitätsgehalt sie aufweist“ (ders., 159).

Wer sich heute mit dem Problemfeld von Medien und Demokratie beschäftigen will, ohne sich in normativer Ernüchterung vom klassischen Öffentlichkeitsideal zu verabschieden, kann sich nicht mit *kulturpessimistischer Larmoyanz* bescheiden. Er/Sie ist vielmehr aufgefordert, mit *institutioneller Phantasie* nach konkreten Möglichkeiten und Perspektiven zu suchen, unter denen sich auch eine pluralisierte und marktförmig umgestaltete Medienlandschaft noch als wesentlicher Faktor der politischen Meinungs- und Willensbildung und insofern in einem qualitativ ausgezeichneten Sinne als „schlechthin konstituierend“ (BVerfGE 7,198 (208)) für die Vitalität und Zukunftsfähigkeit einer liberalen Demokratie erweisen könnte.

Die erste dieser beiden Bedingungen wird von allen Beiträgen dieses Sammelbandes unterstützt; zu der zweiten – ungleich schwierigeren! – Aufgabe können die hier versammelten Autoren jedoch nicht allzu viele innovative Anregungen beisteuern. Dennoch enthalten die Texte dieses Bandes eine Vielzahl von lesenswerten Einschätzungen und Wertungen, die diese vermißte institutionelle

Phantasie dann möglicherweise beim Leser anregen könnten... Auf jeden Fall trägt die Lektüre dazu bei, von einer defaitistischen Preisgabe des aufklärerischen Öffentlichkeitsideals Abstand zu halten und an der – wie auch immer umzusetzenden – Rückbindung des Mediensystems an die normativen Demokratie- und Publizitätsgebote des Verfassungsrechts festzuhalten.

H. Boverter dokumentiert in diesem Band zunächst zehn Vorträge, die prominente westdeutsche Fernseh- und Pressejournalisten 1991/92 in einer Vortragsreihe an der Bonner Universität gehalten haben. Diese durchaus selbstkritisch angelegten Reflexionen aus dem Alltag engagierter Öffentlichkeitspraktiker werden ergänzt durch sieben weitere Beiträge, in denen Politiker, Wissenschaftler und Kirchenvertreter über die öffentliche Aufgabe des Journalisten, die Problematik der geläufigen Rede von der „vierten Gewalt“, die Prozesse einer Erosion kritischer Öffentlichkeit und die „moralische Funktion des Schreibens“ (W. Dirks) nachdenken. Aufgelockert und pointiert werden die Denkipulse dieses gelungenen Bandes, der zwar kaum aufregend Neues enthält, dafür jedoch an keiner Stelle ermüdend oder langweilig wird, durch ca. 20 Karikaturen, die der Herausgeber gemeinsam mit Walter Keim ausgewählt hat. Damit sorgen neben dem trockenen Medium des Wortes auch die seit jeher so viel erfolgreicherem Stilmittel der Bildsatire für Überraschendes und Nachdenkliches.

Als Fazit dieses Bandes läßt sich wohl am ehesten mit Boverter

festhalten, daß die Fragen um Pressefreiheit, Publikum, Öffentlichkeit, Medien und Demokratie heute unübersichtlicher und unverbindlicher denn je geworden sind. „Der Ausblick ist offen, die Fragen sind es auch“ (147). Eine naive Überschätzung des demokratischen Potentials der Medien ist jedenfalls ebenso wenig angezeigt wie eine (pseudo-)realistische Abgeklärtheit, die die Medienlandschaft einzig ökonomischen Marktgesetzen ausgeliefert sieht und sie für die Wahrnehmung einer demokratisch-publizistischen „öffentlichen Aufgabe“ apriori für unfähig hält. Die Realität scheint auch in diesem Sektor so komplex und facettenreich zu sein, daß sie sich in die Raster eindimensionaler Theorie nicht einsperren läßt.

*Hermann-Josef Große-Kracht*

*Jürgen Gerhards, Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung. Eine Fallstudie; Westdeutscher Verlag, Opladen 1993; 242 S./44,- DM (kt.)*

Mit den dramatischen Umbrüchen in den ehemaligen staatssozialistischen Gesellschaften Ostmitteleuropas, die zurecht als „Fernsehsrevolutionen“ qualifiziert worden sind, ist die elementare Bedeutung, die der Öffentlichkeit für Stabilität und Vitalität von Politik und Gesellschaft zukommt, weltweit drastisch zu Bewußtsein gelangt. Dennoch gilt noch immer, was J. Gerhards in der Einleitung dieses Bandes konstatiert: „Der sozialwissenschaftliche Wissenstand über Öffentlichkeit und

öffentliche Meinung steht im deutlichen Kontrast zu der Bedeutung des Phänomens. Wir wissen nur wenig über die Strukturen öffentlicher Meinungsbildung, ja die Begriffe selbst – Öffentlichkeit und öffentliche Meinung – bleiben wissenschaftlich unklar und diffus und gehören sicherlich nicht zu den in Lexika abgelagerten festen Wissensbeständen der Soziologie“ (11f). Eine theoretisch wie empirisch zuverlässige und allgemein konsensfähige Soziologie der Öffentlichkeit steht noch aus.

Diesem Defizit will die vorliegende Fallstudie an einem exemplarischen Beispiel, den überaus erfolgreichen Öffentlichkeitsmobilisierungsleistungen der Anti-IWF-Kampagne des Jahres 1988, zu Leibe rücken. Im Kontext der Jahrestagung von Internationalen Währungsfond (IWF) und Weltbank, die im September 1988 in Berlin stattfand, ist es den verschiedenen Initiativen der schon jahrzehntelang aktiven, von der großen massenmedialen Öffentlichkeit bisher aber kaum bemerkten Dritte-Welt-Bewegung gelungen, eine breite Präsenz und Aufmerksamkeit in den überregionalen Tageszeitungen und bei allen großen Fernsehanstalten zu erringen: „In den Hauptnachrichten des ZDF („heute“, 19.00 Uhr) waren die Proteste an acht Tagen hintereinander vertreten. Die ARD strahlte aus Anlaß der Proteste eine Sondersendung in der Reihe „Brennpunkt“ aus“ (15f); und die Berliner „tageszeitung“ resümierte: „Es gab keine Gegenöffentlichkeit, vielmehr: die Kritik an IWF und Weltbank beherrschte die Öffentlichkeit ... es ist eine Weltöffentlichkeit entstanden“ (zit. n. 13).

Die vorliegende Studie weist nach, daß diese Proteste „keine spontanen Unmutsäußerungen waren, die gleichsam aus dem Nichts entstanden, sondern sozial sehr voraussetzungsreiche Resultate eines vielschichtigen Prozesses der Mobilisierung öffentlicher Meinung“ (200).

An diesem einen konkreten Beispiel will Gerhards der Frage nachspüren, wie die politische Öffentlichkeit als „ein zentrales Vermittlungssystem zwischen Politik und Gesellschaft“ (23f) funktioniert, in welchen Aggregatformen und Institutionen sie sich artikuliert, woher sie ihre Themen nimmt, wie lange sich solche Themen auf der Agenda der Massenmedien halten können etc. Seine Leitfragen lauten: „Wie entsteht öffentliche Meinung? Wie werden Themen zu öffentlich diskutierten Themen?“

Die vorliegende Studie, deren Autor mittlerweile Professor für Kulturwissenschaft an der Universität Leipzig ist, entstand an der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“ des renommierten Berliner Wissenschaftszentrums. Diese Abteilung widmet sich schon seit Jahren theoretisch und empirisch dem Phänomen der Öffentlichkeit, dem in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit seit den 1968er Jahren in steigendem Maße eine politisch-kritische Bedeutung zuwächst, die in der behäbig-statischen politischen Kultur der Adenauer-Zeit noch völlig undenkbar schien. Eine vitale und autonome politische Öffentlichkeit fungiert heute faktisch als ein wichtiger Seismograph für die politisch-kulturelle Lebendigkeit und

Zukunftsfähigkeit unserer demokratischen Kultur und verdient als solche eine hohe demokratietheoretische Aufmerksamkeit.

Gerhards bestimmt die politische Öffentlichkeit in einem systemtheoretisch angelegten Zugriff als ein „Themendefinitions- und Meinungsbildungssystem“ (29), in deren Zentrum die „Überzeugungskommunikation vor einem Laienpublikum“ (32) steht. Er beschreibt sie als ein umkämpftes Gebiet und vergleicht sie mit einem Marktplatz, „der gleichsam das Rathaus als politisches Entscheidungszentrum umgibt“ (ebd.). Die politische Öffentlichkeit besitzt deshalb eine eminente Relevanz, auch wenn Öffentlichkeit in den institutionalisierten Verfahren der politischen Meinungs- und Willensbildung keinen systematischen Ort einnimmt. Unmittelbar politisch wirksam wird sie erst in dem Maße, wie man im Rathaus die Stimmen auf dem Marktplatz „hören, vielleicht auf die Agenda bringen und eventuell einschlägige Beschlüsse fassen“ (29) wird.

Gerhards analysiert am Beispiel der vier Berliner Tageszeitungen (tageszeitung, Tagesspiegel, Morgenpost, Berliner Zeitung) nicht nur die unterschiedliche Medienberichterstattung; er beschäftigt sich auch mit der Vorgeschichte und den Anfängen der Anti-IWF-Kampagne im Kontext der bundesrepublikanischen Dritte-Welt-Bewegung und thematisiert das alternative sozialmoralische Milieu, das sich auf der Grundlage einer postmaterialistischen linken Politiktradition artikuliert. Mit der *Alternativen Liste* (AL) im Berliner

Stadtparlament ebenso wie mit der überregionalen Berliner *tageszeitung* (taz) verfügt dieses Milieu mittlerweile auch über feste, ökonomisch-organisatorisch einigermaßen stabile und dauerhafte Institutionen, die in der großen massenmedialen Öffentlichkeit nachhaltig präsent sind. Das postmaterialistisch-linke Sozialmilieu findet seine Grundlage in einer mehr oder weniger deutlich ausgeprägten „Wertegemeinschaft“ (203), der die verschiedenen Akteure der Interessenartikulation und der Interessenaggregation der Anti-IWF-Kampagne wenn auch nicht organisatorisch, so doch emotional angehören: „Aktivisten, Redakteure und Parteifunktionäre gehen in die gleichen Kneipen, in ähnliche Geschäfte und Veranstaltungen und kultivieren einen ähnlichen Lebensstil“ (210).

Diese vernetzten Austausch- und Begegnungsprozesse zwischen AL, taz und Hauptaktivisten bildeten eine der wichtigsten Ursachen für die erfolgreichen Mobilisierungseffekte der Anti-IWF-Kampagne, denn nachdem AL und taz das Thema sowohl auf der parlamentarischen Ebene wie auch auf der Ebene der überregionalen Presse auf die Tagesordnung gesetzt hatten, konnte dieses Thema auch von den etablierten Parteien und Massenmedien nicht mehr umgangen werden. Damit stellt sich die spannende Frage, ob eine vergleichbare Öffentlichkeitsmobilisierung auch dann hätte gelingen können, wenn die Dritte-Welt-Bewegung mit AL und taz nicht schon über etablierte und eingeführte eigene Agenten in der Politik- und Medienlandschaft verfügt hätte. Es stellt sich das

Problem, ob eine Öffentlichkeitsmobilisierungsarbeit auch dann ähnlich erfolgreich sein kann, wenn ihr die etablierte Medienlandschaft vollständig fremd gegenübersteht und in der großen Öffentlichkeit keine natürlichen Verbündeten vorhanden sind. Zur Beantwortung dieser Frage wären weitere empirische Fallanalysen hilfreich und sinnvoll; mögliche Themenfelder, an denen sich die Rezeptions- bzw. Rezeptionsverweigerungsprozesse zwischen vermacheten Großöffentlichkeiten und autonomen kleinen Öffentlichkeiten ‚von unten‘ studieren ließen, gibt es genug.

*Hermann-Josef Große-Kracht*

*Gert Hagelweide*, Literatur zur deutschsprachigen Presse. Eine Bibliographie: Von den Anfängen bis 1970. Band 4: 33165-47705 Wesen und Funktion periodischer Druckpublizistik, Tageszeitung (Presse), Die Zeitschrift, Almanache und Kalender, Die Presse (Tageszeitung) in Geschichte und Gegenwart; München (K. G. Saur) – New Providence – London – Paris 1993 (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung Bd. 35/4); 546 Seiten

Acht Jahre nach Erscheinen des ersten Bandes liegt nun der vierte (und bisher umfangreichste) Band der auf neun Bände angelegten Bibliographie „Literatur zur deutschsprachigen Presse“ vor. Das von Gert Hagelweide, einem der versiertesten Pressebibliographen des deutschen Sprachraums, zusammengestellte Monumentalwerk ist damit bei 47.705 erfaßten Titeln aus publizistischer und grauer Literatur angelangt.

Bisher erschienen sind: Band 1: Handbücher. Lexika, Bibliographien. Pressesammlung und Dokumentation. Organisation der Presse (Verbände). Zeitungs-, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Presse im Wechselspiel der Medien und der Öffentlichkeit; Band 2: Presseverlag – Träger der Aussage – Presseinhalt: Formgebung und Gestaltung – Inhaltsbeschaffung und -vermittlung – Nachrichtenwesen; Band 3: Technische Herstellung der Presse und Vertrieb – Der Rezipient und nun Band 4: Wesen und Funktion periodischer Druckpublizistik – Presse in Geschichte und Gegenwart.

Geplant sind darüber hinaus Band 5 und 6: Ortsgeschichte der deutschsprachigen Presse, Band 7 und 8: Pressebiographie und schließlich Band 9: Register

Der Aufbau der vorliegenden Bände ist immer gleich (sieht man von den Vorworten in Band 1 und den in den folgenden Bänden eingeführten ergänzenden Hinweisen ab). Nach einem ausführlichen, hochdifferenzierten systematischen Inhaltsverzeichnis folgt eine dreiseitige Einführung (die die thematische, geographische und zeitliche Abgrenzung, den Umfang und die Art der erschlossenen Literatur sowie den Aufbau und die Anlage des Projekts beschreibt und in wenigen Sätzen auf das Register und das Inhaltsverzeichnis eingeht), ein Abkürzungsverzeichnis der Titelaufnahmen sowie ein Sigelverzeichnis der Literaturstandorte plus dem Hauptteil, der eigentlichen Bibliographie.

Der nun vorliegende vierte Band umfaßt eine Stoffmenge von 14.541 Titeln, was allein schon von der physischen Leistung (Hagelweide schreibt in der Einführung [S. XII]: „Nach Möglichkeit sollte (bei der Titelaufnahme) nach Autopsie verfahren werden, um zum einen die Authentizität der aufzunehmenden Beiträge, zum anderen die bibliographische Genauigkeit des Titels und der Quellenangabe garantieren zu können.“) Respekt abnötigt.

Dieser Bestand wird in vier Themenbereichsgruppen eingeteilt: XXVI: Die Tageszeitung (Presse), XXVII: Die Zeitschrift, XXVIII: Almanache, Kalender und übrige Erscheinungsformen der periodischen Druckpublizistik sowie XXIX: Die Presse (Tageszeitung) in Geschichte und Gegenwart – Presse im umfassenden Verständnis, überwiegend Tageszeitung, aber auch andere periodische Druckpublizistik im Gesamtzusammenhang. Innerhalb dieser vier Gruppen wird wieder in Untergruppen gegliedert. Am Beispiel des Bereichs Zeitschrift sind dies die Kapitel A Wesen und Funktion der Zeitschrift, B Typologie der Zeitung und C Die Zeitschrift in Geschichte und Gegenwart. Greifen wir das Kapitel B heraus, finden wir eine neuerliche Differenzierung in I: Formalpublizistische Kategorien und historische Erscheinungsformen, II: Kategoriale Zuordnung nach Aussageinhalten, III: Kategoriale Zuordnung nach personalen Rezipientenschaften (Alphabet der Rezipientengruppen). Diese, abhängig vom Stoffumfang, quantitativ natürlich sehr unterschiedlichen Bereiche sind schließlich neuerlich

stark differenziert unterteilt, so daß wir, etwa unter III, als Punkt 2 den Bereich Kirche, Religionsgemeinschaften (mit insgesamt 1.365 Einträgen) auffinden, dort wiederum unter 2.3 Katholische Kirche (860). Jetzt bleibt nur noch die Gliederung in 2.3.1 Pressearbeit der katholischen Kirche und ihrer Organisationen bis 2.3.2.3: Länder außerhalb des deutschen Sprachraums (S. vii).

Es ist – wie gesagt – ein Monumentalwerk, ein beeindruckender 1,5 kg schwerer Wälzer, der stichprobenhafte Tests auf Vollständigkeit (zumindest anhand der Bibliothek des Rezensenten) leicht aushält. Es wäre kleinlich, den einen oder anderen (Druck-)Fehler nicht zu verzeihen (auch wenn er – Beispiel „Österreichische Nationalbibliothek“ seit dem ersten Band mitgeschleppt wird – apropos, auch die Adresse des Wiener Publizistikinstituts hat sich geändert).

Zwei Mängel sind freilich nicht zu übersehen und fallen auch dem eiligen Benutzer prompt auf: Da ist zum einen das fehlende Register, zum anderen die zwar im Untertitel angegebene, aber leicht zu übersehende Beschränkung auf den Berichterstattungszeitraum bis 1970.

Was das Register anbelangt, hilft zwar – wie Hagelweide am Schluß seiner Einführung auch schreibt – das besondere ausführliche Inhaltsverzeichnis (über fünf Seiten in Band 4) ein wenig; dennoch bleibt aber das unangenehme Gefühl, vielleicht doch etwas übersehen zu haben. Vor allem jedoch ist es bei der Suche nach be-

stimmten Autoren keine Hilfe. Der Nutzer des Werks ist von der Fülle zwar überwältigt, insgesamt aber verunsichert, da ihm der logische Zugang zum Material verschlossen bleibt, was im übrigen nicht nur Studienanfängern der Kommunikationswissenschaft die Benutzung verleiden könnte.

Noch problematischer scheint freilich die zeitliche Begrenzung: „Die Berichtszeit umfaßt den historischen Zeitraum von der Herausbildung der Presse bis 1970 einschließlich.“ (Band 4, S. xi) Der von Schmolke anlässlich des Erscheinens von Band 1 1986 in einer Besprechung für das österreichische „Medien-Journal“ im Hinblick auf österreichische Quellen gemachte Hinweis „Beinahe alles, was heute als studieneinführende, medienkundliche und theoretische Literatur gang und gäbe ist, wurde erst nach 1970 publiziert!“ wird mit dem Fortschreiten der Jahre immer richtiger. Diese Ausblendung eines Vierteljahrhunderts – der jüngsten 24 Jahre – verringert den Nutzwert der vorliegenden Bibliographie dramatisch. Wer gewohnt ist (wie die Jüngeren) und gewohnt wurde (wie die Älteren) online auf Datenbanken zuzugreifen und über Stichwort und Suchbegriffe eine aktuelle Literaturliste am Schreibtisch auszudrucken, wird Hagelweides Unternehmen wohl eher unbedankt und unbeachtet lassen.

Leider! Die vorliegenden Bände versammeln eine Fülle von auch heute noch Lesenswertem und vieles, was komplementär zur modernen Literatur stehen könnte.

So gesehen ist die umfassende Bibliographie Hagelweides nicht nur für den Pressehistoriker relevant. Wer sich einen ersten Überblick zu einem Thema der wissenschaftlichen und/oder zeitkritischen Literatur über die deutschsprachige Presse verschaffen will und/oder eine Basis für die weitere Recherche sucht, bekommt bei der Durchsicht der vorliegenden Kompendien sicher den einen oder anderen interessanten Hinweis auf Quellen, die es wert sind, auch im elektronischen Zeitalter ab und zu herangezogen zu werden. Hagelweides Werk hat den Rang einer Standardbibliographie, die in keinem sozialwissenschaftlichen Archiv bzw. in keiner Bibliothek fehlen sollte.

*Erich Geretschläger*

*Martina Höhns*, Die „Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung“. Eine Analyse der Diskussion im Ökumenischen Rat der Kirchen (Studien der Politikwissenschaft, Abt. B, Band 81; Schriften des Instituts für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster); Münster-Hamburg (LITVerlag) 1993; 470 S./68,- DM

Wem angesichts dieses Titels der Verdacht gekommen sein mag, es handle sich bei diesem Opus um eine jener Fleißarbeiten, mit denen mehr oder minder ahnungslose Professoren ihre Doktoranten zu beschäftigen und die Liste ihrer Institutspublikationen eher zu verlängern als wirklich zu bereichern pflegen, der mag bei der Beschäftigung mit dieser Arbeit angenehm überrascht werden.

Die Autorin hat es verstanden, auf dem von den Medien- und Kommunikationswissenschaften noch wenig beachteten Feld der Bemühungen um eine weltweite ordnungspolitische Strukturierung des globalen Informations- und Kommunikationsgeschehen eine Fülle von interessanten Hinweisen an Daten und Fakten, Entwicklungen und Bestrebungen zusammenzutragen, die in der Fachwelt noch allzuwenig bekannt sind, zumindest aber in ihrer Bedeutung weitgehend unterschätzt wurden.

Die Diskussion um eine ‚neue‘ Weltinformations- und Kommunikationsordnung (‚neu‘ weshalb auch immer; als ob es überhaupt schon einmal eine solche gegeben hätte ...) schleppt sich seit nunmehr 45 Jahren dahin. Man weiß, daß sie nicht völlig unabhängig von einer umfassenden Weltwirtschaftsordnung gedacht und herbeigeführt werden kann. Das ist aber kein Grund, auf ihre Vollendung zu warten und deshalb die Diskussion um Umfang und Bedingungen einer Weltinformations- und Kommunikationsordnung nicht energisch voranzutreiben. Auf diese Aufgabe zielt die vorliegende Studie hin, indem der bisherige Diskussionsstand markiert und der Debattenverlauf zumindest auf den Foren des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) aufgewiesen und nachgezeichnet wird.

Zunächst beschreibt die Autorin Stationen der Bemühungen der Vereinten Nationen bzw. der UNESCO, die Debatten überhaupt anzufachen und in Gang zu bringen. Höhepunkte dieser Bestrebungen sind zweifellos in der

Satellitendeklaration von 1972, in der Mediendeklaration von 1978 und vor allem im MacBride-Bericht von 1980 zu sehen. Letzterer wurde 1981 auch in deutscher Sprache veröffentlicht: „Viele Stimmen, eine Welt. Kommunikation und Gesellschaft – heute und morgen“. Die Benennung der ‚thematischen Schwerpunkte der politischen Diskussion‘ und der ‚Versuch einer Analyse‘ schließen sich an. Nach entstehungsgeschichtlichen Hinweisen und einer Beschreibung der ÖRK-Strukturen folgt eine ‚Chronik der ÖRK-Stellungnahmen‘ zur Kommunikationsproblematik sowie eine Auswahl (d.h. soweit – noch – zugänglich) von Wortmeldungen einzelner Regionalkirchen. Die thematischen Schwerpunkte der kirchlichen Auseinandersetzungen mit der Problematik deuten auf Inhalte und Desiderate hin, die für jegliche Art von Weltinformations- und Kommunikationsordnung, die diesen Namen verdienen soll, unverzichtbar sein dürften. Es geht um die ÖRK-Positionen in der Frage der Evangelisierung, der Erziehung, um ‚Informationsfreiheit und Wahrheit‘, um eine ‚theologische Anleitung der Kommunikation‘, um das Menschenrecht auf Kommunikation, um das Verhältnis von Kommunikation und Kultur, um ‚Kommunikation im Dienst des Friedens‘ – und schließlich um ‚prophetische‘ Kommunikation.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die ‚Schlußbetrachtung‘, weil darin die Erkenntnisse der Autorin, die sie aus der Behandlung der Materie gewonnen hat, klar und prägnant zusammengefaßt werden. Zu Recht bedauert sie mit

vielen Kritikern kirchlicher Medienpolitik, daß die Kirchen (ungeachtet der Fülle kirchlicher Stellungnahmen) „ein noch immer prinzipiell ungenügendes Verständnis für Kommunikationsfragen“ (365) und auch sehr unterschiedliche diesbezügliche Positionen einnehmen. Vorherrschend ist in den Kirchen aller Konfessionen immer noch eine ‚In-Dienst-Nahme‘ (um nicht zu sagen ‚Instrumentalisierung‘) der Medien zum Zweck der ‚Evangelisation‘. Die Vorstellung, Kommunikation gehöre zum Humanum und sein Voraussetzung jeglicher ‚Communio‘, scheint sich in den Kirchen längst noch nicht durchgesetzt zu haben.

Der Anhang enthält neben der fleißig kompilierten Literaturliste und hilfreichen Grafiken immerhin interessante Hinweise auf „Modelle zur Verwirklichung einer Neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung“. Damit sind Initiativen gemeint, die im Sinne der UNESCO-Bestrebungen vor allem im Pressebereich international begonnen wurden (z. B. INTER PRESS SERVICE [1964], Nachrichtenpools der blockfreien Staaten [1965], regionale Nachrichtennetze [wie PAFNA 1979 oder zuvor LATIN 1970 etc.], INTERNATIONALES INFORMATIONS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM [DIOC 1970 sowie das 1984 gegründete INTERDOC] etc.).

Möglicherweise aus Rationalisierungsgründen hat sich die Autorin – leider – in der vorliegenden Arbeit lediglich auf die Sachdiskussionen zur Thematik innerhalb der ÖRK beschränkt. Immerhin

gibt es aber gelegentlich knappe Verweise über die selbst gesetzten Grenzen hinaus. So dürfte ihr bewußt gewesen sein, daß ihre Dissertation erst einen Teil des Materials aus der weltweiten Diskussion um die Weltinformations- und kommunikationsordnung erfaßt hat. Zu ergänzen wäre beispielsweise noch die Bearbeitung der medienpolitischen Aussagen der Europa-Gremien und der Katholischen Kirche. Denn sowohl die Pastoralinstruktion ‚Communio et Progressio‘ von 1971 als auch darauf basierende medienpolitische Stellungnahmen aus der Katholischen Kirche enthalten gewichtige Anregungen und Ansprüche an eine weltweite Medien- und Kommunikationsordnung. Und die gerade in den letzten Jahren verstärkte Befassung der Europa-Gremien mit der Medienthematik (deren Ergebnisse als Grünbuch bzw. als Gemeinsame Richtlinien von EG und Europarat ‚Fernsehen ohne Grenzen‘ veröffentlicht wurden) sollte nicht unberücksichtigt bleiben. Denn eine Weltinformations- und Kommunikationsordnung hat nicht nur der sog. Dritten Welt zur Kommunikationsgerechtigkeit zu verhelfen – so sehr dies allein schon alle diesbezüglichen Anstrengungen rechtfertigen würde –, sondern sie ist für eine wahrhaft menschendienliche Nutzung der Medien und Kommunikationswege unerlässlich.

Es bleibt also zu hoffen, daß diese verdienstvolle Arbeit von wem auch immer etwa im angedeuteten Sinne weitergeführt wird. Mit der vorliegenden Untersuchung ist mehr als ein Anfang gemacht. In ihr finden Medienwissenschaftler,

Politologen, Soziologen, gewiß auch Theologen, die sich dieser Thematik nähern wollen, methodische Vorlagen und inhaltliche Ermutigung, um die Diskussion um eine weltweite Strukturierung des Informations- und Kommunikationsgeschehens neu zu beleben und zu fördern. Auch über die angesprochenen Fachbereiche hinaus sollte endlich bewußt werden, daß Medienstrukturen nicht der Beliebigkeit eines wilden ‚Marktes‘ überlassen werden dürfen, der gewiß nicht von selbst so etwas wie weltweite Kommunikationsgerechtigkeit entstehen läßt oder gar herbeiführen wird.

*Johannes Fischer*

*Heinz Pürer/Johannes Raabe, Medien in Deutschland. Band 1: Presse; (Ölschläger) München 1994; 576 S./48,- DM (Pb)*

Das 569-Seiten-Buch verdient die Aufmerksamkeit eines professionellen Rezensenten alter Schule, d.h. es sollte hintereinanderweg von vorn bis hinten gelesen und erst dann gewürdigt werden. Aber publizierende Fachkollegen wissen natürlich, daß heutzutage Bücher, wenn sie relevante Inhalte versprechen, ähnlich wie Zeitungen gelesen werden: zuerst der Sport, dann die Lokalseiten etc. Der rezensierende Fachkollege erkennt auch auf einen Blick, daß es sich hier eher um ein Kompendium, ein Nachschlagewerk handelt. Auf den zweiten Blick aber zögert er, diese Einstufung beizubehalten, denn lange Passagen lesen sich flüssig wie Geschichten. Einigen wir uns darauf: Das Pürer-Raabe-Buch wird wohl meist wie ein Nachschlagemittel benutzt

werden, und daran wird es sich messen lassen müssen: Was finde ich schnell, wie präzise, wie sorgfältig belegt? Und wie aktuell sind die Daten und Fakten, die ich finde?

Vergleichbare Kompendien gibt es nicht sehr viele, aber doch einige. Hier wäre an erster Stelle für die Bundesrepublik Deutschland Herrmann Meyns seit 1968 in zahlreichen, immer wieder aktualisierten Neuauflagen erschienenen Standardwerk „Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland“ (zuletzt: 1992) zu nennen und für Österreich der seit 1977 erscheinende Medienbericht (Medienbericht 4: 1993), für dessen erste drei Ausgaben Heinz Pürer, damals noch Mitglied des Salzburger Publizistik-Instituts, wichtige Beiträge geliefert hat. Offensichtlich bestimmen Erinnerungen an diese Arbeitserfahrungen, verbunden und verselbständigt durch jene, die Pürer aus der Herausgabe des „Praktischen Journalismus“ (31990) erwachsen sind, Anspruch, Gliederung, und z.T. auch den Stil des ersten Bandes der „Medien in Deutschland“, der sich im Unterschied zu den beiden vorgenannten Büchern auf die Presse beschränkt. (Ein zweiter Band über die Funkmedien ist in Vorbereitung.) Den Kern der Darstellung bilden die Kapitel 4: Presse in der Bundesrepublik Deutschland [bis zur Wiedervereinigung], 5: Presse in der DDR, 6: DDR-Presse zwischen „Wende“ und Wiedervereinigung und 7: Das Pressewesen nach der Wiedervereinigung. Diesen vier Kapiteln sind drei historische vorangestellt: 1: Presse- und Journalismusgeschichte (bis 1933), 2: Presse im Nationalsozialismus

(1933 bis 1945) und 3: Der Wiederaufbau des Pressewesens nach 1945.

Das Buch ist also, wenn man die immerhin 106 Seiten der ersten drei Kapitel ernst nimmt, zweidimensional angelegt: historisch und gegenwartsbezogen, letzteres sowohl deskriptiv als auch (teilweise) analytisch. Pürer und Raabe scheinen sich bewußt zu sein, daß sie sich bei dieser Zielvorgabe hart an der Grenze jener Situation bewegen mußten, wo ein Autor (auch ein Autorenteam) in die Gefahr gerät, sich zu verheben. Sie halten den „chronologischen Aufbau der Ausführungen“ aus „systematischen Überlegungen“ für notwendig, erklären aber die Entscheidung für die Chrono-Logik als „nicht so sehr“ durch „medienhistorische Interessen“ begründet (Vorwort, 10).

Interessierte Leser – deren Mehrheit werden mit Sicherheit Studierende der Publizistik und Kommunikationswissenschaft sein – werden also die ersten 100 Seiten als deutsche Pressegeschichte lesen, und auch aus den folgenden Kapiteln werden sie natürlich Geschichte lernen.

Darin liegen – unter zwei ganz verschiedenen Aspekten – Schwäche und Stärke des Buches: Dem historischen Teil (Kap. 1-3) spielt der Gegenwartsbezug einen Streich, denn es hieß sich kurz fassen, – das Eigentliche kommt ja noch. Der Strukturbeschreibung und -analyse setzt die Historie zu, und zwar von Tag zu Tag stärker: Sie macht aus dem, was heute noch das Heute abzubilden vorgibt, einen Zeitschnitt durch das

Gestern und Vorgestern, denn die Fülle von Zahlen und Daten, mit denen nicht nur die 36 Tabellen, sondern auch der Erzähltext geradezu gespickt sind, bleibt ja nur zu jenem kleinen Teil gültig, der abgeschlossenen Fällen (z.B. der „Super!Zeitung“) gilt oder historischer Verifizierung dienen wird. Der Studierende muß also lernen – und das halte ich, wenn man ihr/ihn das auch beibringt, für eine Stärke des Buches: Ich präge mir hier ein Panorama-Bild (sogar in historischem 3-D-Format) ein, das mir die deutsche Presse anno 91/92 zeigt, aber ich weiß, daß ich, soweit es um die Gegenwart geht, jeweils die aktuellsten Daten (z.B. aus „Media Perspektiven“ und/oder „Zeitungen“) hinzunehmen muß.

Schwieriger scheint mir dieser didaktische Anspruch, den Pürer als didaktisch hochbegabter Universitätslehrer leicht vermittelt, für den im strengeren Sinne historischen Teil zu verwirklichen zu sein. Hier mußte es notwendigerweise zu Verkürzungen kommen, etwa wenn die 4.703 Zeitungstitel (Dovifat 1937!) nahezu unkommentiert weitergereicht werden (63 und 85), die es 1933 in Deutschland gegeben habe; oder wenn die Reichskulturkammer als „wichtigste Instanz der Vorzensur“ bezeichnet wird (65), wo sie doch als Teil des gesamten NS-Presselenkungsinstrumentariums dazu beitragen sollte, Vorzensur (im Sinne des Wortes) vermeidbar zu machen, d.h. durch die „Schere im Kopf“ zu ersetzen.

Im allgemeinen weisen – nicht sehr benutzerfreundlich an Kapitelenden placierte – Anmerkungen

auf die Sekundärliteratur hin, wo der Neugierige sich dann vergewissern kann. In einem wichtigen Punkt des Presselenkungsapparats, nämlich bei der Schilderung der Presseanweisungen und Sprachregelungen (94), fehlen jedoch zwei wesentliche Hinweise: Die „Presseanweisungen“ (unter eben diesem Titel) seit 1984 von H. Bohrmann herausgegeben, und in der von G. Toepser-Ziegert stammenden Einführung dazu (Bd. 1) erfährt man sehr genau, wie die inhaltliche Lenkung funktionierte. Struktur und Abläufe der „Ministerkonferenz“ hat der hier ebenfalls nicht erwähnte W.A. Boelke schon 1966 dargestellt.

Ob solche Lücken nun im Hinblick auf das oben geschilderte Gesamtkonzept des Buches als „Mängel“ zu bezeichnen sind, wird vom uses and gratifications-Erlebnis des Benutzers abhängen. So wohl auch die Beurteilung besonderer Stärken. Ich sehe sie z.B. in der kompakten Präsentation des DDR-Pressesystems, dessen Übergangsphase sowie schließlicher Einverleibung seiner stabilen Restbestände in den Medienkapitalismus westlicher Herkunft: So konzise habe ich das noch nirgendwo in einem Stück lesen können, obwohl es sehr viel Spezialliteratur dazu gibt.

Im DDR-Kapitel wie auch generell gilt, daß Pürer und Raabe die Sachverhalts- und Entwicklungsdarstellungen mit der Beschreibung und Durchleuchtung von Grundbegriffen, Strukturen bzw.

Strukturproblemen verbinden. So wird etwa im Kapitel 1 der Begriff Zeitung (samt Kriterien wie Aktualität, Publizität etc.) erörtert, im Kapitel 4 Pressekonzentration, intermedialer Wettbewerb, die Grundlage des Presserechts und die Funktionen der Medien, im DDR-Kapitel die entsprechenden sozialistischen Auffassungen. Der Lehrbuch- bzw. Kompendien-Charakter wird dadurch vollständig bestätigt, und wenn der Rundfunk-Band, den andere Autoren zu verantworten haben, ähnlich komplett gerät, könnten in Zukunft das Fischer Lexikon Publizistik/Massenkommunikation sowie das entsprechende dtv-Handbuch in ihrer Rolle als (Ersatz-)Lehrbücher ausgedient haben, jedenfalls soweit es um die Massenmedien geht.

In Österreich aber könnte das neue Buch dazu beitragen, differenzierte Kenntnisse über die Presselandschaft des nach dem EU-Beitritt noch näher gerückten Nachbarlandes auch in breiteren, d.h. nicht nur medienökonomisch bzw. verbandspolitisch interessierten Fachkreisen zu verbreiten, also z.B. unter Journalisten. Wer Informationen zur kirchlichen Publizistik sucht, wird enttäuscht. Kurioserweise erfährt er über die Kirchenpresse der Ex-DDR einiges mehr (384f) als über die immerhin noch mit einer Gesamtauflage von mehreren Millionen exemplaren erscheinenden konfessionellen Blättern in den alten Bundesländern.

*Michael Schmolke*